

Bundeskanzlerin im Interview

Merkel: Eine Öffnungsstrategie mit Schnelltests wird es noch im März geben

Bundeskanzlerin Angela Merkel spricht im F.A.Z.-Interview über die Gefahren einer dritten Corona-Welle, die Verzögerungen beim Impfen und Testen, die „demokratische Zumutung“ – und über ihren letzten Ringkampf mit sich selbst.

Von BERTHOLD KOHLER UND ECKART LOHSE



© Daniel Pilar

„Frei leben zu können, wird kein Privileg sein“: Angela Merkel im Kanzleramt

Frau Bundeskanzlerin, der Abwärtstrend bei den Corona-Infektionen scheint leider gebrochen zu sein. Rollt jetzt die dritte Welle der Pandemie auf uns zu, die Welle der Mutanten?

Verglichen mit November, Dezember, ist die Situation heute viel besser. Dafür können wir dankbar sein, vor allem den Bürgerinnen und Bürgern, die durch ihr Verhalten enorm dazu beigetragen haben. Um Weihnachten stand unser Gesundheitssystem knapp vor einer katastrophalen Notlage. Heute sind die täglichen Infektionszahlen wieder deutlich niedriger, und Gott sei Dank nimmt endlich auch die Zahl der Todesfälle wegen Corona wieder ab. Sie ist gleichwohl immer noch erschütternd hoch.

Dann ist das Schlimmste doch schon überstanden?

Wir können darüber nachdenken, wie schrittweise Öffnungen aussehen könnten. Ohne die hoch ansteckenden Mutationen wäre das vergleichsweise einfach möglich. Durch sie kommen wir nun aber in eine neue Phase der Pandemie, aus der eine dritte Welle entstehen

kann. Die sogenannte britische Mutation ist aggressiver als das Ursprungsvirus und wird es verdrängen. Wir müssen jetzt also klug und vorsichtig vorgehen, damit eine dritte Welle nicht einen neuen kompletten Shutdown in ganz Deutschland erforderlich macht.

Der Kanzleramtsminister soll bis zur nächsten Sitzung von Bund und Ländern einen Plan für das schrittweise Lockern ausarbeiten. Trotz der Ausbreitung der gefährlicheren Virusvarianten?

Es ist richtig, jetzt zu klären, wie wir öffnen, wenn die Voraussetzungen dafür bestehen. Meine Vorstellung ist, bei den Lockerungen drei Stränge zu betrachten: Ein Strang betrifft die Frage, wie man die derzeit strengen persönlichen Kontaktbeschränkungen lockern kann. Ein zweiter Strang betrifft den Bildungsbereich, um auch die höheren Klassen in die Schulen zurückzuholen und Berufsschulen sowie Universitäten wieder zu öffnen. Ein dritter Strang betrifft die Geschäfte, Restaurants und Hotels, Kultureinrichtungen und den Sport in Gruppen. Unabhängig davon, zu welchen Terminen Lockerungen erfolgen können, müssen wir erarbeiten, wie vor dem Hintergrund des Infektionsgeschehens eine mögliche Reihenfolge der Lockerungen aussehen kann, also unter welchen Voraussetzungen welcher Bereich aus welchem der drei Stränge geöffnet werden kann und soll. Vergessen wir nicht: Derzeit sind in vielen Bundesländern Kitas und Grundschulen wieder geöffnet, dazu Gartencenter und Baumärkte, und am 1. März kommen noch die Friseure dazu.

Bundesgesundheitsminister Spahn hält es nicht für möglich, einen Lockerungsplan für drei oder sechs Monate aufzustellen. Steht das nicht in Widerspruch zu dem Auftrag für den Kanzleramtsminister?

Nein, und im Übrigen stimme ich Jens Spahn zu. Es kann und wird nicht den einen Plan mit exakten Daten gleichsam wie auf dem Reißbrett geben. Wir müssen immer flexibel sein. Hätten wir vor Weihnachten einen Langzeitplan beschlossen, wäre er heute Makulatur, weil wir die Rechnung ohne die Mutationen gemacht hätten. Die Frage ist immer: Haben wir die Kontrolle über die Infektionslage? Dafür stehen zwei Inzidenzwerte im Infektionsschutzgesetz – 35 und 50 Neuinfektionen in sieben Tagen auf 100.000 Einwohner –, an denen wir uns orientieren. Die Kontrolle über die Ausbreitung des Virus, das heißt die schnelle Nachverfolgbarkeit der Infektionsketten, muss gegeben sein, sonst droht wieder ein exponentielles Wachstum der Infektionszahlen und in der Folge eine Überlastung unseres Gesundheitssystems. Bis in einigen Monaten durch die Impfungen die sogenannte Herdenimmunität erreicht ist, ist es mein Ziel, so vorzugehen, dass wir nicht immer wieder aufmachen und dann wieder zu. Dafür brauchen wir viel Geduld und Kraft.

Nach den Schulen dürfen die Geschäfte auf Öffnung hoffen?

Wir haben bei der letzten Ministerpräsidentenkonferenz gesagt, dass der nächste Schritt die Geschäfte wären, sofern die Inzidenz bei 35 liegt. Eine ganze Reihe von Landkreisen hat diese Größenordnung erreicht. Insgesamt aber rückt das durch das Vordringen der Mutationen zurzeit wieder in größere Ferne. Ob wir mit einer deutlich größeren Zahl von Schnelltests einen Puffer schaffen können, werde ich mit den Ministerpräsidenten und -präsidentinnen am 3. März beraten. Grundsätzlich kann ein solcher Schnelltest zeigen, dass jemand an genau dem Tag nicht infiziert ist, oder umgekehrt, dass jemand, obwohl noch symptomlos, bereits infiziert und auch ansteckend ist. Alle Menschen mit Symptomen sollen ohnehin mit einem

PCR-Test getestet werden. Ein solches umfassendes Testen wäre für die Gesundheitsämter sehr wichtig. Eine große Hilfe wäre es auch, wenn noch mehr Menschen die Corona-Warn-App aktiv nutzen.

Ist es angesichts des jetzt schon exponentiellen Wachstums der Zahl von Infektionen mit dem mutierten Virus nicht riskant, Lockerungsdiskussionen zu führen? Früher hätten Sie davon abgeraten.

Heute haben wir wegen der Impfstoffe und der Aussicht auf umfassende Testmöglichkeiten eine andere Lage als im letzten Jahr. Über grundsätzliche Abläufe, Priorisierungen und ein auch regional differenzierteres Vorgehen können wir deshalb sprechen. In einem Landkreis mit stabiler Inzidenz von 35 kann es zum Beispiel möglich sein, alle Schulen zu öffnen, ohne dass es im Verhältnis zu anderen Landkreisen mit höherer Inzidenz und noch nicht geöffneten Schulen zu Verwerfungen kommt. Bei Geschäften kann das schwieriger werden, wenn sich Kunden auch aus anderen Regionen dorthin aufmachen. Und bei Hotels muss noch einmal eine besondere Vorgehensweise, so gut es geht bundesweit, erarbeitet werden.



© Daniel Pilar

„Es ist besser, etwas langsamer zu öffnen“: Bundeskanzlerin Angela Merkel im Gespräch mit der F.A.Z.

Was jetzt geöffnet wird, wird nicht wieder geschlossen?

Es wäre in der Pandemie unredlich, das so zu sagen. Aber ich tue alles dafür, dass wir das nicht tun müssen. In einzelnen Landkreisen kann die Zahl der Infektionen immer mal in die Höhe gehen. Aber wir wissen jetzt viel besser, wie wir damit umgehen und können uns daher auch einen regional differenzierteren Ansatz zutrauen.

Die Inzidenzen von 35 und 50 wurden ins Gesetz geschrieben, als viele Gesundheitsämter noch große Schwierigkeiten hatten bei der Nachverfolgung des Infektionsgeschehens. Müssen diese Parameter heute noch so niedrig sein?

Manche Ämter sagen, dass sie auch bei einer Inzidenz von 80 noch gut nachverfolgen können. In der Praxis dürfte es dann aber keinen Anstieg der Infektionszahlen mehr geben. Ich sehe wenige Beispiele dafür, dass das gelingt.

Warum ist das nach einem Jahr Pandemie immer noch so?

Weil ab einer bestimmten Zahl von Fällen die Nachverfolgung nicht rechtzeitig gelingen kann. Bei so hohen Inzidenzen wissen die meisten Menschen nicht mehr, wo sie sich angesteckt haben könnten, das Infektionsgeschehen ist dann diffus – da helfen auch doppelt so viele oder mehr Mitarbeiter in den Gesundheitsämtern nicht.

Es wird nicht, wie von Jens Spahn ursprünglich angekündigt, vom 1. März an kostenlose Schnelltests für jedermann geben. Warum hakt es jetzt auch beim Testen?

Eine intelligente Öffnungsstrategie ist mit umfassenden Schnelltests, gleichsam als Freitesten, untrennbar verbunden. Damit das gelingt, müssen noch offene Fragen geklärt und das ganze Vorgehen am 3. März mit den Ministerpräsidenten beraten werden. Wie lange es dann dauert, bis ein solches System installiert ist, kann ich auf den Tag genau noch nicht sagen. Es wird aber im März sein.



Impfkommission empfiehlt flexiblere Reihenfolge

Kann Ihre Runde mit den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten, die inzwischen selbst von Mitgliedern kritisiert wird, weiter das zentrale Entscheidungsgremium bleiben? Müsste nicht mehr in den Parlamenten diskutiert und entschieden werden?

Die Beratungen zwischen Bund und Ländern sind nicht so vertraulich, wie man sich das wünscht. Aber darüber zu klagen hilft nicht. Das ist eben in einer Demokratie so. Was die Rollenverteilung zwischen Legislative und Exekutive betrifft, so erklärt der Deutsche Bundestag die epidemische Lage von nationaler Tragweite und entscheidet über ihr Fortbestehen, nicht die Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin. Damit schafft das Parlament die Voraussetzung für die Anwendung des Infektionsschutzgesetzes durch Bund und Länder. Auch die Landtage spielen ja eine wichtige Rolle. Die Legislative setzt den Rahmen, die Exekutive füllt ihn aus.

Für Sie war immer entscheidend, dass das Gesundheitssystem nicht überfordert wird. Das ist zum Glück nicht eingetreten. Kann die Lage in den

Krankenhäusern immer noch das Maß aller Dinge sein?

Jedes Infektionsgeschehen hat zehn bis 20 Tage später eine Auswirkung auf Krankenhäuser und Intensivstationen. Es gibt jetzt eine gute Nachricht: Dadurch, dass die über Achtzigjährigen bald alle geimpft sein werden, wird die Zahl der Schwerkranken und Todesfälle durch Corona weiter sinken. Das ist nicht nur menschlich eine große Erleichterung, es entlastet auch das Gesundheitssystem. Aber Vorsicht bleibt geboten, damit wir nicht wieder in ein exponentielles Wachstum der Fallzahlen kommen. Wenn sich die Zahlen alle zehn Tage verdoppeln, ist der Weg zurück sehr lang. Kurz vor Weihnachten lag die Inzidenz fast bei 200. Und erst jetzt sind wir wieder bei 60. Die Lehre aus dem Herbst ist, dass wir zu lange mit konsequenten Maßnahmen gewartet haben.

Wann werden Sie sagen können: Wir haben die Pandemie im Griff?

Das wird sicher noch einige Monate dauern. Wenn die Impfstoffe weiter wirken, wenn sie so produziert und geliefert werden, wie man uns zugesagt hat, dann sind wir in einigen Monaten der sogenannten Herdenimmunität sehr nahe. Bis dahin müssen wir so handeln, dass es nicht ständig hoch- und runtergeht mit den Infektionszahlen. Es ist besser, etwas langsamer zu öffnen, aber dabei die Kontrolle über das Infektionsgeschehen zu behalten.

Die Friseure dürfen am 1. März wieder öffnen, Einzelhändler und Gastronomen nicht. Vielen erscheint das willkürlich.

Wir haben lange über die Friseure diskutiert. Für viele Menschen, gerade für Ältere, liefern sie eine wichtige Basisdienstleistung. Aber die Möglichkeiten werden jetzt tatsächlich weit ausgeschöpft: Baumärkte, Gartencenter, Fahrschulen – viele Facetten, die im Einzelnen gar nicht auf einer Ministerpräsidentenkonferenz besprochen werden können. Die Auswirkungen all dieser Öffnungen müssen wir jetzt genau beobachten. Sie zeigen sich frühestens zehn Tage später.

Was lässt sich schon jetzt absehen?

Dass der Anteil der aggressiveren Mutationen im Verhältnis zum Ursprungsvirus leider weiter zunehmen wird. Das lässt sich berechnen. Dieser Anteil kann sich binnen 10 Tagen verdoppeln. Aus 20 Prozent werden zehn Tage später 40, dann 80. Und dann ist das alte Virus verschwunden. Das ist die Realität.

Und dann muss die Bundeskanzlerin wieder sagen: Uns ist das Ding entglitten? So wie Sie es kürzlich mit Blick auf den Herbst gesagt haben?

Im November war es uns nicht mehr gelungen, die Infektionsketten zu verfolgen. Damals hatten wir die Kontrolle verloren. Daraus müssen wir jetzt die Lehre ziehen.

Impfweltmeister ist Deutschland immer noch nicht. Bleiben Sie bei Ihrer Aussage, dass bei der Impfkampagne keine großen Fehler gemacht wurden?

Ja. Ich bleibe dabei. Es war richtig, den Impfstoff europäisch zu bestellen. Da die Amerikaner nur für sich produzieren, waren wir auf die begrenzten europäischen Produktionskapazitäten

angewiesen. Jetzt haben wir in Deutschland mehr als fünf Millionen Impfungen durchgeführt. Fast zwei Millionen Menschen haben bereits den vollen Schutz durch die zweite Dosis. Die Impfkampagne wird sich jetzt immer weiter beschleunigen. Wir sprechen im Augenblick darüber, wie es logistisch gelingt, in einer Woche 7,5 bis 9,5 Millionen Dosen zu verimpfen. Die Impfzentren schaffen das nicht allein, dazu brauchen wir noch die niedergelassenen Ärzte.



© Daniel Pilar

F.A.Z.-Herausgeber Berthold Köhler und der Berliner Büroleiter Eckart Lohse im Gespräch mit Bundeskanzlerin Angela Merkel, im Beisein von Regierungssprecher Steffen Seibert.

Lauert da nicht das nächste Problem? Es sind bisher nur etwa zwei Drittel der gelieferten Impfdosen auch verimpft worden. Haben wir das Organisieren verlernt?

Nein. Da gibt es zwei Gründe: Vom Biontech-Impfstoff werden viele Dosen für die zweite Impfung zurückgelegt. Außerdem gibt es derzeit bei dem Astra-Zeneca-Impfstoff ein Akzeptanzproblem.

Verstehen Sie Leute, die sich nicht mit diesem Mittel impfen lassen wollen?

Astra-Zeneca ist ein zuverlässiger Impfstoff, wirkungsvoll und sicher, der durch die Europäische Medizinagentur zugelassen und in Deutschland bis zum Alter von unter 65 Jahren empfohlen ist. Alle Autoritäten sagen uns, dass man diesem Impfstoff vertrauen kann. Solange die Impfstoffe so knapp sind wie zurzeit, kann man sich nicht aussuchen, womit man geimpft werden will.

Sollten Sie angesichts dieses Akzeptanzproblems nicht mit gutem Beispiel vorangehen und sich impfen lassen?

Ich bin 66 Jahre alt und gehöre nicht zu der für Astra-Zeneca empfohlenen Gruppe.

Sie könnten mit dem Impfstoff von Biontech für das Impfen werben.

Der wird aber sehr gut akzeptiert. Ich halte es für richtig, neben den besonders vulnerablen und den älteren Menschen erst einmal Bevölkerungsgruppen zum Impfen einzuladen, die in ihrem Beruf keinen Abstand halten können. Wir können hier beim Interview mit großem Abstand zueinander sitzen. Eine Erzieherin in der Kita, ein Grundschullehrer kann das nicht. Das sind die Menschen, die vor jemandem wie mir drankommen sollten.

In anderen Ländern werden die Regierungschefs ganz selbstverständlich geimpft. Haben Sie keine Angst, sich zu infizieren?

Ich möchte Corona nicht bekommen und tue vieles, um es zu verhindern. Ich kenne außerdem persönlich Menschen, die es hart getroffen hat, die über Wochen kaum ihren Alltag bewältigen konnten. Sie waren nicht einmal im Krankenhaus. Auch jüngere Menschen können schwere Langzeitschäden davontragen. Erst sollten die Älteren geimpft werden, diejenigen mit besonderen Vorerkrankungen und auch Menschen, die in engen Kontakt mit Infizierten kommen. Das ist eine sinnvolle Reihenfolge, an die ich mich halten möchte.

Wird die bisherige Einteilung in Gruppen zu halten sein, wenn jetzt immer mehr Impfstoff zur Verfügung steht?

Durch den Umgang mit dem Astra-Zeneca-Impfstoff wird sie ja schon verändert. Aber wir sollten erst einmal der Priorisierungsgruppe 2 das Angebot machen, nicht gleich der, in der die Politiker sind. Je mehr Impfstoff da ist, desto flexibler wird man mit den Priorisierungen umgehen müssen. Die Ständige Impfkommission hat nur etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung priorisiert. Danach gibt es dann keine Unterschiede mehr.

Es gibt sogar medizinisches Personal, das sich nicht impfen lassen will. Wie hoch schätzen Sie die Impfbereitschaft der Deutschen ein?

Sie ist gar nicht schlecht – und nimmt noch zu. Jedenfalls kein Grund, pessimistisch zu sein.



Corona-Selbsttests vom Discounter

Ab wann muss über eine Impfpflicht nachgedacht werden?

Davon rate ich ab. Wir haben zugesagt, dass es keine Impfpflicht geben wird. Ich halte das bei der insgesamt hohen Impfbereitschaft auch nicht für notwendig. Wir können und müssen mit Argumenten werben. Die Hersteller arbeiten ja zusätzlich daran, auch für Kinder und Jugendliche Impfstoff zu produzieren. Auch für Schwangere werden die Impfstoffe getestet. Wir haben genügend Impfwillige, um die Herdenimmunität zu erreichen. Sonst muss man mit Argumenten werben.

Wenn sich herausstellt, wofür es schon Hinweise gibt, dass Geimpfte weder sich selbst noch andere Menschen anstecken können: Muss dann nicht zwingend für diesen Personenkreis die Beschränkung der Freiheitsrechte aufgehoben werden?

Erst einmal muss tatsächlich eindeutig geklärt sein, dass Geimpfte nicht mehr ansteckend sind. Solange die Zahl der Geimpften noch so viel kleiner ist als die derjenigen, die auf die Impfung warten, sollte der Staat beide Gruppen nicht unterschiedlich behandeln. Wo es um private Vertragsverhältnisse geht, können wir uns von staatlicher Seite wenig einmischen. Insgesamt aber muss so etwas nach meiner Überzeugung breit diskutiert werden, ganz sicher auch im Parlament. Wenn wir genügend Menschen ein Impfangebot gemacht haben werden und sich einige partout nicht impfen lassen wollen, wird man überlegen müssen, ob es in bestimmten Bereichen Öffnungen und Zugänge nur für Geimpfte geben soll. Aber da sind wir noch nicht.

Sie selbst haben die Pandemie eine Zumutung für unsere Demokratie genannt. Wie lange hält unsere Demokratie diese Zumutung noch aus?

Ich habe vor allem von einer demokratischen Zumutung gesprochen. Sie ist so lange zu ertragen, wie wir die Dinge nicht durcheinanderbringen. Wir dürfen die jetzigen Zustände niemals zur Normalität erklären. Unsere Normalität ist das Leben, das wir vor der Pandemie kannten. Die Einschränkungen sind Einschränkungen, und wieder frei leben zu können wird kein Privileg sein, sondern das sind die im Grundgesetz festgeschriebenen Freiheitsrechte jedes Einzelnen.

Sie haben im September vor dem Bundestag gesagt, Sie seien sich sicher, dass wir unser altes Leben zurückbekommen. Gilt das noch?

Ich bin mir nach wie vor sicher, dass wir unser altes Leben zurückgewinnen werden. Am Anfang dachten wir vielleicht, dass es schneller gehen würde. Es kann sein, dass wir uns künftig jedes Jahr gegen dieses Virus impfen lassen müssen, weil es immer weiter mutiert. Wie bei der Grippe. Trotzdem wird das Virus seinen Schrecken verlieren.

Wolfgang Schäuble hat zu Beginn der Pandemie gefordert, eine Diskussion zu führen über das Verhältnis zwischen dem Schutz des Lebens auf der einen Seite und den Maßnahmen, die zur Eindämmung der Pandemie beschlossen wurden. Auch die richten gewaltige Schäden unterschiedlichster Art an.

Wir beschäftigen uns sehr intensiv mit den Folgen, die die Einschränkungen für viele Menschen haben. Wir haben fortwährend zwischen den Folgen abzuwägen: Was sind die geringeren, was die schwerer wiegenden? Wenn der Staat eine angemessene medizinische

Behandlung nicht mehr gewährleisten könnte, weil das Gesundheitssystem überfordert wäre, würde das sehr schwer wiegen.

Ihnen wird der Vorwurf gemacht, zu sehr auf den Gesundheitsschutz zu schauen und die negativen Folgen des Lockdowns nicht genug zu berücksichtigen.

Die Kritik, es werde zu einseitig zugunsten des Gesundheitsschutzes gehandelt, verstummt immer dann ganz schnell, wenn der Fall eintritt, dass ein Erkrankter nicht mehr die angemessene Behandlung bekommen kann. So war es leider zeitweise in Großbritannien, in Portugal – aber auch in Sachsen hat sich diese Frage in den schweren Wochen des Winters ganz anders gestellt. Diese Debatte wird oft in der Hoffnung geführt, es werde schon gelingen, das Gesundheitssystem nicht zu überlasten. Aber als Bundeskanzlerin darf ich nicht so lange zuschauen, bis alle Intensivbetten belegt sind und es dann zu spät ist. Ich sehe, dass die meisten Bürger uns darin zustimmen, es so weit nicht kommen zu lassen. Und dieses Prinzip der Prävention wohnt ja der Politik in Deutschland auch auf ganz anderen Gebieten inne.

In diesem Jahr werden mehrere Landtage gewählt, im September der Bundestag. Wie viel Wahlkampf steckt in der Pandemie-Debatte?

Wir alle, die wir politisch tätig sind, bemühen uns um verantwortungsvolles Handeln. Aber natürlich wollen alle auch in Wahlkämpfen bestehen. Es wäre daher wenig plausibel zu behaupten, es sei vollkommen egal, ob eine Wahl stattfindet oder nicht. Aber ganz grundsätzlich ist unser Handeln davon geprägt, dass wir eine gemeinsame Verantwortung haben.

Vor einem Jahr waren die Umfragewerte der CDU zehn Prozentpunkte schlechter als heute. Hat die Pandemie der Union genutzt?

Wenn wir an der Sache entlang arbeiten, können wir Menschen immer wieder überzeugen. Die Pandemie hat uns vor Aufgaben gestellt, die niemand von uns sich so vorstellen konnte. Alles beruht auf dem Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger. Man kann es gewinnen oder verspielen. Bei allem, was wir auch unvollkommen gemacht haben, sind wir in Deutschland bis jetzt noch vergleichsweise glimpflich durch die Pandemie gekommen. Jetzt müssen wir die nächsten vier, fünf Monate noch gut überwinden.

Sie haben vor der Bundestagswahl 2017 mit sich gerungen, ob Sie noch einmal antreten sollen . . .

Das war der letzte Ringkampf in dieser Sache. Das Ringen ist abgeschlossen.

Sie haben Ihren damaligen Entschluss nicht bereut? Die vergangenen zwölf Monate hätte doch keiner gebraucht.

Nein. Ich bin sehr im Reinen mit mir. Vier Legislaturperioden Bundeskanzlerin zu sein ist heutzutage eine gute Zeitspanne. Ich kann ganz frohgemut die Verantwortung in andere Hände geben. Bis dahin werde ich meine Arbeit jeden Tag sehr gerne machen.